

KURI – Konfigurationen von gesellschaftlichen und politischen Praktiken im Umgang mit dem radikalen Islam

Wie Maßnahmen gegen Islamismus in Deutschland legitimiert werden

Seit den islamistisch motivierten Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA sowie weiteren Anschlägen in Europa und in Deutschland wurden zahlreiche sicherheitspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung des Islamismus eingeführt. Auch etablierte sich in Deutschland das (vor allem zivilgesellschaftliche) Handlungsfeld der Islamismusprävention, die sicherheitsbehördliche Zusammenarbeit und variierende Austauschformate zwischen Sicherheitsbehörden und der Zivilgesellschaft auf Bundes- sowie Landesebene.

Die qualitative Befragung im Rahmen des KURI-Projekts zeigt, dass die Bedrohung durch den Islamismus von Praxis und Politik derzeit als hoch eingeschätzt wird. Insbesondere die Präventionsakteure sehen **konkreten Handlungsbedarf** zur weiteren Professionalisierung der eigenen Arbeit.

Anhand von 45 Expert:inneninterviews (siehe Kasten) wurden zwischen März 2023 und August 2024 institutionelle Entwicklungen in der Islamismusprävention untersucht. Zentral war dabei die Frage, wie die Einführung von Maßnahmen begründet wird. Darüber hinaus wurde nach der Einschätzung der islamistischen Bedrohung, den Ansprüchen der Öffentlichkeit und den **Handlungsbedarfen** gefragt. **Die Ergebnisse der gesamten Befragung zeigen:**

- **Ein Muster einer kontinuierlich hohen Bedrohungseinschätzung im Umgang mit dem Islamismus.** Als Herausforderungen wurden von den Befragten die Online-Radikalisierung und die Rückführung weiterer IS-Rückkehrer:innen hervorgehoben.

- **Eine stete Anpassung an den Modus Operandi und reaktive Maßnahmen nach Anschlägen.** Präventionsakteure haben ihr Vorgehen verändert, u.a. da sich islamistische Akteure zunehmend online organisieren. Die Befragten kritisieren akteursübergreifend die Einführung symbolischer Maßnahmen nach Anschlägen durch die Politik.
- **Eine Zunahme der Sammlung von Daten zu Legitimationszwecken.** Sicherheitsbehörden haben die Datensammlung, -auswertung und den Datenaustausch ausgeweitet. Dies dient der Gefahrenabwehr, aber auch der Legitimation des eigenen Handelns.
- **Ein Dilemma der Umsetzbarkeit und Leistungsdruck in der Polizei.** Polizeibeamt:innen verwiesen auf den Widerspruch zwischen der öffentlichen Forderung, Gefahren stets erfolgreich abzuwehren, gleichzeitig aber nicht zu stark in Freiheitsrechte einzugreifen.
- **Unterschiede in der Islamismusbekämpfung/-prävention in den neuen Bundesländern.** In den ostdeutschen Bundesländern wurde darauf hingewiesen, dass sich die Rahmenbedingungen u.a. aufgrund geringerer islamistischer Aktivitäten unterscheiden. Erfolgreiche Präventionsansätze sind daher nicht ohne weiteres übertragbar.

Akteure und Anzahl der Interviews:

○ Sicherheitsbehörden	16
○ Verwaltung	7
○ Zivilgesellschaft	13
○ Politik	8
○ Wissenschaft	1

Handlungsempfehlungen

Im Zuge der Auswertung der Ergebnisse ließen sich unterschiedliche Probleme und Herausforderungen identifizieren, auf deren Grundlage die nun folgenden Handlungsempfehlungen formuliert wurden. Die Studie belegt, dass die Einführung von Maßnahmen gegen Islamismus z.T. ereignisgetrieben ist.

- **Phänomene übergreifend bearbeiten!** Auch wenn Phänomene spezifisch bearbeitet werden müssen, führt eine breite Ausrichtung im Auftrag zivilgesellschaftlicher Träger zu mehr Flexibilität.
- **Extremismusprävention langfristig absichern!** Durch die befristete Förderung der Zivilgesellschaft geht Expertise verloren. Eine Förderung von Regelstrukturen sowie längere Projektlaufzeiten sind notwendig.
- **Den Dialog der Zivilgesellschaft mit der Politik stärken!** Aufgrund von Abhängigkeitsverhältnissen gegenüber der Politik, fällt es der Zivilgesellschaft schwer, Probleme zu artikulieren. Im Dialog kann bspw. Verständnis zum Umgang mit negativen Fallmeldungen aufgebaut werden.
- **Politische Bildung verstärken!** Zivilgesellschaftliche Träger betonten den Bedarf an Weiterbildung zu Extremismus und Antidiskriminierung, in der Polizei und in der Schule.
- **Muslimfeindlichkeit bekämpfen!** Von zivilgesellschaftlichen Trägern wurde betont, dass antimuslimischer Rassismus weiterhin als eigenständiges Handlungsfeld etabliert werden sollte.
- **Muslimische Akteure fördern!** Politiker:innen kritisierten die ausländische Finanzierung muslimischer Gemeinden/Vereine. Finanzierungsmöglichkeiten für die Ausbildung von Imamen oder den islamischen Religionsunterricht sollten weiterentwickelt werden.
- **Öffnung der Sicherheitsbehörden für die Forschung!** Mehr Transparenz über polizeiliche Begriffe, wie den

Gefährderbegriff ist notwendig, um zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit und Forschung zu verbessern.

- **Sachliche Debatten führen!** Die Politik sollte nach Anschlägen vermeiden symbolische Maßnahmen einzuführen. So trage bspw. das Aufstellen von Pollern auf öffentlichen Plätzen nicht dazu bei, mögliche Anschläge zu verhindern. Zudem beklagten Polizeibeamt:innen z.T. einen generellen Mangel an technischer/personeller Ausstattung. Dies ist ereignisunabhängig zu prüfen.

Über das Forschungsprojekt

Das Projekt KURI untersucht das Spannungsfeld zwischen Prävention und Strafverfolgung im Umgang mit Islamismus. Ziel ist es, die gesellschaftlichen Anforderungen an staatliche und nichtstaatliche Akteure zu beleuchten sowie zu untersuchen, über welche Handlungsmöglichkeiten, Konzepte und Praktiken Politik und Präventionsakteure verfügen.

Wissenschaftliche Umsetzung:

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFS); PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Projektlaufzeit:

September 2020 – März 2025

Informationen zu Projektpublikationen:

<https://www.kuri-projekt.de/publikationen>

Kontakt:

Lea Deborah Scheu (Wissenschaftliche Mitarbeiterin am PRIF) scheu@prif.org

Prof. Dr. Julian Junk (Projektleiter am PRIF) junk@prif.org

